

170 // September/Oktober 2012

AG Antifaschistischer Fuchsschwanz

Durch wiederholte Streiche fällt auch die größte Eiche

Vorwort:

Mit dieser Ausgabe gleiten wir direkt vom Sommer in den Herbst. Ob das einen jahreszeitlichen Unterschied macht wird sich zeigen.

Was tatsächlich einen Unterschied gemacht hat waren Vorkommnisse während des diesjährigen Schanzenfestes bei dem es zu mehreren Verletzten kam! Gerne hätten wir dazu schon einen nachbereitenden Text aufgenommen, dafür bedarf es jedoch zunächst noch einer längeren Auseinandersetzung, Einschätzung und Bewertung des Ganzen. Daher haben wir nun „lediglich" die Presseerklärung einiger aus der Flora und die Erklärung des EA hier abgedruckt und warten auf den ersten Termin für eine inhaltliche Diskussionsrunde. Den politischen Ausdruck des Festes dieses Jahr fanden wir hingegen durchaus gelungen, was wir zumindest mit ein paar Bildern veranschaulichen möchten!

Was unser Blättchen hauptsächlich füllt könnt ihr ja dem Inhaltsverzeichnis entnehmen.

Viel Vergnügen hatten wir allerdings mit dem neuen Spaß am Fällen ungeliebter Elemente. Da würde uns doch glatt auch noch das ein oder andere Bauwerk einfallen, was gerne zu Fall gebracht werden möchte. Werkzeugabgabe demnäxt in der Flora: Jede r nur eine Säge ;).

So, dann warten wir gespannt dessen, was kommen möge und lesen uns wieder im Oktober! Letzter Einsendeschluss für eure Beiträge ist wie immer der 20. , diesmal des Monats September

Bis dahin, bleibt zu sagen:

„Denn wer die deutsche Eiche sät,
der soll für immer Unkraut ernten"

In diesem Sinne
die ZECK-Redaktion

Inhalt **Seite**

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.



AVV im September fällt aus

Die autonome VV im Septemer fällt mangels Vorbereitung aus. Am 15. September findet zudem der Aktionstag beim GÜZ in der Altmark bei Hillersleben statt - eine lohnenswerte Alternative. Wir sehen uns alle in neuer Frische zur nächsten AVV am 15. Oktober um 19.30 Uhr in der Roten Flora wieder.

****

War starts here Camp
Wir starten in Hamburg

Im Rahmen des bevorstehenden Camps am Gefechtsübungszentrum in der Altmark bei Hillersleben wollen wir uns in HH mit allen treffen, die an dem Camp teilnehmen oder es unterstützen wollen.
Es soll keine Infoveranstaltung zum Thema Gefechtsübungszentrum sein; statt dessen wollen wir uns über den aktuellen Stand austauschen und koordinieren, wer/welche wann von HH aus fahren will, Plätze im Auto oder auf der Bahncard hat oder eine MFG sucht oder Materialien transportieren kann/will.
Wir freuen uns, euch am 3.9. um 19.30 Uhr im Gängeviertel zu treffen!
mehr Infos: warstartsherecamp.org

****

Prozessbeginn am 21. September - Solidarität mit Sonja und Christian!

Sonja Suder und Christian Gauger sind im September 2011 nach 33 Jahren im Exil von Frankreich an die deutsche Justiz ausgeliefert worden. Jetzt wird ihnen der Prozess vor dem Landgericht Frankfurt gemacht wegen Aktionen der Revolutionären Zellen RZ von 1977 gegen Atomkonzerne, Apartheid in Südafrika und Stadtsanierungs- und Vertreibungspolitik, heute Gentrifizierung genannt. Ein weiterer Vorwurf behauptet aufgrund einer Kronzeugenaussage, Sonja hätte den Überfall auf die Opec-Konferenz 1975 logistisch unterstützt.
Sonja ist 79 Jahre alt und sitzt in Frankfurt Preungesheim im Knast, Christian ist 70 und unter Auflagen frei.
Der Beginn des Prozesses gegen Sonja und Christian in Frankfurt am Main steht jetzt fest. Erster Termin ist der 21. September um 9 Uhr im Landgericht Frankfurt, Gebäude E.
Der Prozess wird in der Regel zweimal wöchentlich stattfinden, und zwar Dienstags und Freitags, voraussichtlich jeweils von 9 bis 10.30 Uhr und von 11.30 bis 13 Uhr.
Das Verfolgungsinteresse gegen Menschen, die sich entschieden haben, in aller Konsequenz gegen Staat und Kapital zu kämpfen, ist auch nach Jahrzehnten ungebrochen. Und hier besonders, weil Sonja und Christian keine Aussagen und keine Deals machen. Sie haben sich gegen einen Weg der „reumütigen Rückkehr“ entschieden.

Begleitet denn Prozess solidarisch! Freiheit und Glück!

****

Aktion gegen Wahlen

Am Sonntag den 17. Juni fand vor dem Centro Soziale eine Aktion gegen ein „Public screening“ der Wahlen in Griechenland und gegen Wahlen an sich statt. Mit einem großen Transpi und mit Flyern zogen einige Leute vors Centro. Hier der Text der Flyer:

Keine Staatlichkeit - keine Demokratie - für die Anarchie!
In Bezug auf die Wahlen, die in Griechenland heute und am 6. Mai stattgefunden haben, beobachten wir, dass die Meinung vorherrscht, dass die sozialistische Partei die Situation in Griechenland verändern kann. Wir sind uns den Unterschieden zwischen neoliberalen und sozialistischen Parteien durchaus bewusst. Aber diese Unterschiede werden eliminiert, sobald eine Machtregierung entsteht. Wir sind gegen diese Logiken und sind der Ansicht, dass sie die aufständischen Kräfte unterdrücken.
Die Wahlen und die Demokratie -parlamentarisch oder direkt – stützen und reproduzieren dieses System. Die beste Solidarität ist die, die auf den Straßen stattfindet. Der einziege Weg zur Freiheit ist die soziale Revolte und die Anarchie.

****

Wagenplatz Zomia ist umgezogen!

Der Wagenplatz Zomia in Hamburg ist am 7.7. auf die Brammerfläche (Max-Brauer-Allee/Lippmannstraße) im Schanzenviertel gezogen.

Auf die Brammerfläche als Wagenplatz-Standort im Schanzenviertel hatten der Bezirk Altona und Zomia sich bereits im Februar geeinigt. Fast zwei Jahre Bemühungen um einen sechsten Wagenplatz in Hamburg haben nun - zunächst - ihr Ende gefunden.

Durch bürokratische Hürden wurde ein Umzug aber immer wieder verzögert, obwohl es eine Zusage gab, die einen Umzug zum 1. Juli ermöglichen sollte. Trotzdem ist vieles noch umgeklärt, wie z.B. Vertrag und Miete/Pacht usw.
Aber der Wagenplatz fängt schon mal an ...mit der startup stuffcrew, dem facility management team and the dirty builidung committee auf der Fläche.

Die Brammerfläche kann dann vom Wagenplatz Zomia legal genutzt werden, bis die Fläche bebaut wird. Wann das sein wird, ist unklar. Die Schätzungen bewegen sich zwischen 9 Monaten und 10 Jahren. Nachdem der Wagenplatz in Wilhelmsburg von Ex-Bezirkschef Mitte Markus Schreiber geräumt werden sollte, war Zomia im Dezember 2011 im Holstenkamp/Bahrenfeld abgeparkt worden. Der Bezirk Altona versprach Platz für Zomia bis 15.1.2012.

Infos über weitere Entwicklungen folgen und sind auf dem Blog des Platzes zu sehen: http://zomia.blogsport.eu/

****

Solidarität mit Pussy Riot

Auch in Hamburg fand am 17.08. eine Soliaktion statt. Mit Masken versammelten sich die Unterstützer_innen am Mittag auf dem Tschaikowskyplatz an der russisch-orthodoxen Kirche im Karoviertel, bevor das Urteil eines Moskauer Gerichts feststand. „Wir fordern von der russischen Regierung, Pussy Riot freizulassen“.
Eine weitere gelungene Aktion fand in Kiew statt. Aktivistinnen von femen sägten ein ca. 10 Meter hohes Holzkreuz ab. Leider versteht auch hier die Ordnungsmacht keinen Spaß, so dass die Aktivistin jetzt erstmal untergetaucht ist.

****

Presseerklärung zum Schanzenfest 2012

Am Samstag, den 25. August 2012, hat das wie jedes Jahr selbstorganisierte, unkommerzielle und politische Straßenfest im Schanzenviertel stattgefunden.
Dabei wurden am späten Abend mehrere Menschen, die versuchten, einem Rettungswagen den Weg durch die Menge frei zu machen, Streit zu schlichten oder ein erstes Feuer zu löschen, das das Gebäude der Roten Flora bedrohte, mit Fäusten, Flaschen sowie in einigen Fällen sogar mit Messern angegriffen und verletzt.

Die Gesamtheit der Vorfälle und die Tatsache, dass dabei ein Mensch lebensgefährlich verletzt wurde, haben uns fassungslos und wütend gemacht und markieren für uns eine Zäsur. Das beschriebene Verhalten Einiger ist für uns sowohl aus menschlicher Sicht als auch aus der Perspektive einer linksradikalen politischen Praxis absolut inakzeptabel.

Kurze Zeit nach den Vorfällen haben wir dazu aufgerufen, das Feiern zu beenden, das Feuer auf dem Platz vor der Roten Flora gelöscht sowie die verbliebenen Soundsystems gebeten, die Party zu beenden.

Wir werden in den nächsten Wochen diskutieren, welche Konsequenzen aus diesen Vorfällen zu ziehen sind.

Einige Aktivist_innen aus der Roten Flora
und aus der Vorbereitung des Schanzenfestes

EA HH zu Messerstichen beim Schanzenfest

Auch wir sind wütend darüber, dass zwei Genossen/Freunde beim Schanzenfest schwer verletzt wurden. Nun ist es aus Antirepressionssicht wichtig den Kopf nicht zu verlieren. Egal ob ihr aus nachvollziehbaren "guten" Gründen von euch aus eine Zeug innenaussage machen wollt, oder ob ihr eine Zeug innen-Vorladung von den Bullen bekommt - redet nicht mit den Cops, Anna und Arthur halten auch hierbei das Maul. Wendet euch statt dessen an uns, damit wir euch gegebenfalls mit den Anwält innen der beiden Verletzten in Kontakt bringen können und über ein weiteres Vorgehen entschieden werden kann.

Auch wir sind wütend darüber, dass zwei Genossen/Freunde beim Schanzenfest schwer verletzt wurden.
Die gute Nachricht ist, es geht beiden verhältnismäßig gut. Einer konnte bereits am Folgetag das Krankenhaus wieder verlassen, der andere ist auch wieder auf den Beinen und nicht mehr auf der Intensivstation.
Nun ist es aus Antirepressionssicht wichtig den Kopf nicht zu verlieren. Bei Körperverletzung mit Waffen ermittelt die Polizei auch ohne Anzeige von sich aus. Wie immer decken sich auch in einem solchen Fall unsere Interessen nicht mit denen der Staatsgewalt. Die beiden Betroffenen Genossen haben ihrerseits keine Anzeige gemacht.
Daher ist wichtig: egal ob ihr aus nachvollziehbaren "guten" Gründen von euch aus eine Zeug_innenaussage machen wollt, oder ob ihr eine Zeug_innen-Vorladung von den Bullen bekommt - redet nicht mit den Cops, Anna und Arthur halten auch hierbei das Maul.

Wenn ihr denkt, ihr habt nützliche Informationen für die Verletzten wendet euch an uns, wir können dann gegebenenfalls Kontakt zu den beiden Anwält_innen herstellen. Wenn ihr Post von den Bullen/ der Staatsanwaltschaft bekommt: wendet euch ebenfalls an uns. (Mails bitte nur verschlüsselt)

Die juristischen Möglichkeiten für die staatlichen Behörden geben es leider her auch in unsere Zusammenhänge hinein zu ermitteln. Alle, die sich aus Sicht der Ermittlungsbehörden zur fraglichen Zeit vor Ort aufhielten, sind nun Teil derer, gegen die die Bullen ermitteln. Ausdrücklich sind die Ermittlungen in diesem Zusammenhang nicht daran gekoppelt, selber tätlich gewesen zu sein. Die Anwesenheit kann genügen.
Es muss davon ausgegangen werden, dass die Bullen ihre "Lageerkenntnisse" durch Zivis, die vor Ort waren und vorhandenem Filmmaterial dazu nutzen werden, Teile unserer Szene genauer zu durchleuchten und vorzuladen. Ermittlungen gegen unsere Zusammenhänge sind also definitiv zu erwarten, denn eine solche Gelegenheit werden sich die Behörden nicht entgehen lassen. Zu eurer eigenen Sicherheit und dem Schutz unserer Strukturen: Keine Aussagen bei Polizei und Staatsanwaltschaft! Anna und Arthur halten das Maul.
Derzeit findet ein Ermittlungs- und nicht ein Gerichtsverfahren statt. Das heißt eben



auch, dass die Polizei gegen alle ermitteln kann, die ihrer Wahrnehmung nach zur entsprechenden Zeit vor Ort waren. Dass sie dabei an allem Möglichen Interesse hat, liegt auf der Hand.
Aus Zeug_innen können schnell Beschuldigte werden. Die Entscheidung darüber liegt in den Händen der Ermittlungsbehörden. Nochmal: das Gesetz gibt es her, gegen Leute aufgrund bloßer Anwesenheit zu ermitteln - egal warum oder ob ihr vor Ort wart.
Ob aus den Beschuldigten im Rahmen des Ermittlungsverfahrens dann auch Angeklagte vor Gericht werden ist eine ganz andere Frage - erst einmal werden von den Bullen alle greifbaren Informationen gesammelt und diese finden sich später vielleicht in einem ganz anderen Zusammenhang wieder.
Zeug_innenaussagen sind allgemein nie eine einfache Sache und sollten immer von Anwält_innen begleitet werden, bzw. es sollte immer eine Beratung durch eine_n Rechtsanwält_in statt finden.
Da außerdem nach dem Vorfall die leider üblichen Mutmaßungen und Verdächtigungen begannen, hier noch mal die dringende Bitte:
Spekulationen über den Tathergang egal wo (Kneipe, indymedia, facebook usw.), auch Spekulationen über mögliche Täter_innen, nützen ausschließlich der Staatsmacht und fallen immer uns selbst auf die Füße. Denn wer vermeintlich was weiß kann schnell selbst eine Vorladung bekommen. Anna und Arthur halten's Maul! Denn alle Informationen - und sei es nur wer wann wo war oder wer wen nicht leiden kann - wird der Staat nutzen, um uns gegeneinander auszuspielen und unsere Strukturen zu durchleuchten.

Ihr erreicht den EA Hamburg per Telefon: 040/ 432 78 778 und per Mail: info@eahh.org(Mails bitte verschlüsseln!)
Der Schlüssel ist zu finden unter: http://de.indymedia.org/2012/08/334265.shtml

Yes we didn't (Bäm)

Auswertung der linksradikalen Gegenaktivitäten (Kundgebung Wagnerstr.) gegen den Naziaufmarsch vom 02.06.2012 in HH-Wandsbek

Die Gegenaktivitäten anlässlich des Naziaufmarsches am 02.06. sorgten in vielerlei Hinsicht für zahlreiche gute Momente. Leider endete die linksradikale Mobilisierung mit dem Kessel an der Wagnerstr. In einem Desaster. Der folgende Text soll die Geschehnisse an diesem Punkt aus Sicht des autonomen-antifaschistischen Bündnisses "Keine Zukunft fürNazis" (im Folgenden aaB) selbstkritisch reflektieren.

Unsere Vorbereitung auf den 02.06. war von Anfang an geprägt von dem Gedanken einer eigenständigen linksradikalen Mobilisierung. Gleichzeitig waren die geführten Diskussionen durch die Frage dominiert, ob und inwiefern das aaB mit dem Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) zusammenarbeiten sollte. Dabei wurden zunächst inhaltliche Vorbehalte aufgrund der Mitgliedschaft bestimmter Gruppen/Parteien im HBgR thematisiert, wobei es innerhalb des aaB jedoch unterschiedliche Meinungen bzw. Ansätze gab. Darüber hinaus gab es verschiedene Standpunkte dem im HBgR formulierten Aktionskonsens gegenüber, der in Anlehnung an das Dresdener Blokkadekonzept davon sprach, dass von den Gegenaktivitäten keine Eskalation ausgehen sollte. Auch wurde die Befürchtung formuliert, dass linksradikale Positionen in einem großen Bündnis untergehen könnten. Die Gegenmeinung hierzu betonte wiederum die Dringlichkeit eines breit angelegten, strömungsübergreifenden Bündnisses. Aus Gründen der Konsensfindung entschied sich das aaB schließlich für das Konzept einer kritischen Solidarität mit dem HBgR. Dies beinhaltete das respektvolle Nebeneinander verschiedener Aktionsformen. Unser Konzept war, ebenso wie das des HbgR, auf Massenaktionen ausgelegt. Durch eine angemeldete Kundgebung sollte es einen Anlaufpunkt für Unorganisierte geben und die Möglichkeit, öffentlich ansprechbar zu sein. Zudem sollte ein weiteres Ziel der Mobilisierung sein, mit möglichst vielen Menschen auf die Demoroute der Nazis zu gelangen.

Im Nachhinein betrachtet ist deutlich geworden, dass die Diskussion um die Frage zum Umgang mit dem HBgR und der Vereinbarkeit von Aktionsformen zu viel Zeit in Anspruch genommen hat und das als Folge davon die Frage nach konkreten Abläufen zu kurz kam. Dieser Aspekt und die Gestaltung eines ambivalenten Aktionsansatzes (Also der legalen Komponente einer Anmeldung in Kombination mit der offensiven Verhinderung des Naziaufmarsches) führten letztendlich zu einer Unkonkretheit nach innen und außen. Zudem wurde offensichtlich, dass der Versuch einer eigenständigen linksradikalen Mobilisierung an einen separaten Kundgebungsort, unsere Strukturen extrem angreifbar gemacht hatte, indem es den Bullen erleichtert wurde, ihren Fokus auf uns zu legen. Zudem haben wir es versäumt, alternative Konzepte ausreichend zu erwägen und in die Planung mit einzubeziehen.

Zu diesen konzeptionellen Mängeln kamen Fehler in der Durchführung. So führten letztendlich Fehlkommunikationen dazu, dass örtliche Fehleinschätzungen getroffen wurden. Aus gleichem Grunde hielten wir auch zu lange an dem Massenkonzept fest und gingen nicht zu dezentralen Aktionen über. Weiterhin muss die Wahl des Kundgebungsortes, der sich als ungeeignet entpuppte, selbstkritisch hinterfragt werden – nach der Ablehnung des ursprünglichen und der kurzfristigen Zuweisung eines neuen Kundgebungsortes durch die Bullen, fehlte uns die Flexibilität, hierauf adäquat reagieren zu können.

Die genannten Aspekte führten dazu, dass die Bullen am 02.06 ein leichtes Spiel mit unseren Strukturen hatten. So muss geschlussfolgert werden, dass unser Konzept an dem Tag nicht aufgegangen ist. Dennoch kam es trotz des Kessels zu zahlreichen militanten Aktionen. Zudem erreichten die Massenblockaden des HBgR überwiegend ihre gewünschte Wirkung. So kann der Tag insgesamt als weitgehend erfolgreich betrachtet werden, da die Nazis nur eine abgeänderte Route laufen konnten. Zudem diese Route nur durch einen massiven Bulleneinsatz und dennoch nur ansatzweise durchgesetzt werden konnte. Der Erfolg muss also in Relation gesehen werden, zum ausgeprägtem politischen Willen des Senats und der Bullen, diesen Naziaufmarsch durchzusetzen.

Danke, an alle die am 02.06 in Hamburg-Wandsbek waren.

enter_the_gap

Aufruf zur Demo am 8. September 2012 um 14 Uhr auf dem Hachmannplatz

Teil unserer diesjährigen Auseinandersetzung mit Sexismus und sexualisierter Gewalt aus intersektionalen Perspektiven soll auch, wie im letzten Jahr, eine große Demo sein. Die Idee von enter_the_gap ist dabei vor allem, verschiedene Formen von Thematisierung durch vielfältige Formen von Aktion zu ermöglichen.

Deswegen haben wir uns neben einer Kundgebung und den Aktionswochen mit Vorträgen und Workshops auch für eine Demo entschieden. Uns ist klar, dass eine Demonstration immer nur verkürzt Inhalte wiedergeben kann und als Aktionsform auch immer exklusiv ist. Deshalb halten wir eine Kombination aus Kundgebung, Aktionswochen und Demonstration am sinnvollsten.

Der Slutwalk im letzten Jahr war ein mediales Spektakel und durch die breite Öffentlichkeit ist sicher auch der Diskurs um sexualisierte Gewalt und ein Begehren nach Selbstbestimmung weiter angefacht worden; dennoch nehmen wir insbesondere von der schwierigen Presseöffentlichkeit Abstand. Es geht und ging uns nicht um ein „Recht auf Sexyness“, wie vielmals in den Medien berichtet wurde, sondern um eine Form der Selbstbestimmung, die sich Kategorien wie „sexy“ und „unsexy“ nicht anpassen muss. Diese Form von Selbstbestimmung funktioniert in erster Linie durch eine Kritik an gewaltförmigen Herrschaftsmechanismen und Diskriminierungsformen, die uns Tag für Tag einschränken! Es gibt keine Person, die nicht von Unterdrückung betroffen ist, aber in vielen Fällen unterscheidet sich der Raum an Handlungsfähigkeit noch deutlicher, wenn Personen von mehreren Diskriminierungen betroffenen sind: Dafür gilt es sensibel zu sein und eine breite Kritik zu formulieren!

Unsere Demo soll Fragen aufwerfen und eine Lücke lassen. Das _gap_ als eine symbolische Lücke macht den Bruch mit der normativen Ordnung sichtbar und damit lebbar, ohne dabei Diskriminierung weiter reproduzieren zu wollen. Der Kampf für und um das _gap_ als wichtiger Teil queerer widerständiger und sexueller Praxen steht für uns im Mittelpunkt.

Über die Form einer öffentlichen Demonstration wollen wir unser Anliegen nach Außen tragen! Auf der Demo wird es einen TLFI* (Trans* Lesben Frauen Inter*) Block geben sowie Awarenessstrukturen, die ihr bei Übergriffen adressieren könnt. Wir achten auch auf die Barrierefreiheit der Route und einfache Erreichbarkeit der Kundgebungsorte.

Lasst uns Raum nehmen und die Straßen füllen – mit Fragen und Eindrücken und dabei einen Anstoß für (Selbst)Reflexion geben! Lasst uns ein Zeichen setzen gegen sexualisierte Gewalt, Zurichtungspraxen an Inter*, stereotype Genderklischees, Sexismus, homo- und trans*phobe Haltungen, Lookismus, Ableismus, Rassismus, Antisemitismus und deren Zusammenspiel.

Deswegen kommt zahlreich zur Demonstration und zeigt eure Wut über sexistische Zustände! Wir wollen kein Leben, in dem sexualisierte Gewalt, Übergriffe und Belästigungen verharmlost und legitimiert werden und den Betroffenen die Schuld gegeben wird. Für eine konsensuelle Sexualität und Selbstbestimmung in gender und desire!

enter_the_gap!

enter_the_gap - Kundgebung am 18. August 2012

Gegen Sexismus und Verharmlosung von sexualisierter Gewalt! Für einen offenen Umgang mit Sexualität und Geschlecht!
Um auf die Arbeit unseres Bündnisses aufmerksam zu machen und unseren wütenden Protest in die Öffentlichkeit zu tragen, haben wir am letzten Samstag, den 18. August, unsere Auftaktkundgebung in der Mönckebergstraße 1 organisiert. Von 14 bis 17 Uhr gab es Musik, Kuchen, Kinderschminken und Redebeiträge. Auch die Beratungsstelle „Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen“ hat einen Beitrag gehalten und war zusätzlich mit einem Infotisch vertreten.
Auf der Kundgebung haben wir sowohl unsere Kritik als auch unsere Solidarität mit den weltweit stattfindenden SlutWalks zum Ausdruck gebracht. Insgesamt haben 150 bis 200 Personen die Kundgebung vor dem Saturn in der Innenstadt besucht. Viele Passant*innen haben unsere Flyer interessiert entgegengenommen und uns geholfen Pappen und Transparente für unsere Abschlussdemonstration am Samstag, den 08. September vorzubereiten. Ein*e Sprecher*in vom Bündnis erklärte, dass „die Kundgebung insgesamt gut besucht und die Themen in den Redebeiträge auf positive Resonanz gestoßen sind“.
Was im letzten Jahr unter dem Label „SlutWalk“ bekannt geworden ist, soll es auch dieses Jahr geben, unter einem anderen Namen und mit erweiterten Blickwinkeln. Unter dem Motto „Gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt! Für einen offenen Umgang mit Sexualität und Geschlecht“ haben wir, das Bündnis „enter_the_gap!“ , welches unter einem queer-feministischen und pro-Definitionsmacht Grundsatz zusammenarbeitet, einiges auf die Beine gestellt. Um möglichst viele Perspektiven zu ermöglichen wird nicht nur demonstriert, sondern während einer Aktionswoche auch noch praktisch gearbeitet: Vom 03. bis 11. September wird es Veranstaltungen zu diversen Themen, u.a. zu sexualisierter Gewalt im Krieg, Sexarbeit, kritischer Männlichkeit, zu Trans*Alltagen, Antisemitismus und Geschlecht, Intersektionalität, Sexismus und Dis*Ability , Definitionsmacht, Sexismus und Rassismus und Schönheitsnormen geben. Die Veranstaltungen werden alle barrierefrei und größtenteils kostenlos sein.
Wir haben es satt in einem System zu leben, das sexualisierte Gewalt, Übergriffe und Belästigungen verharmlost, legitimiert und den Betroffenen die Schuld gibt! Deswegen kommt und wehrt euch laut und vielfältig gegen Sexismus, Trans*-, Homo- und Queerphobie! Seid vom 03.-11. September bei der Aktionswoche und am 08. September bei der Demo dabei!

Repressionswelle gegen Anarchist_Innen in Italien

Um 4 Uhr am Morgen des 13. Juni 2012 begann das ROS (die Antiterroreinheit der Carabinieri) mit Durchsuchungen in über vierzig Wohnungen in ganz Italien im Rahmen einer repressiven Operation, die unter dem Namen „Operation Kühnheit" („Operazione Ardire") läuft.

Diese Operation richtet sich hauptsächlich gegen italienische AnarchistInnen, aber nicht nur, und wurde von der Staatsanwältin Manuela Comodi aus Perugia angeordnet. Sie ist die selbe, die im Jahr 2007 die „Operation Brushwood" initiierte – in enger Zusammenarbeit mit dem General der ROS Giampaolo Ganzer, der auch dieses Mal wieder mit dabei ist. Es wurden zehn Verhaftungen durchgeführt: acht italienische anarchistische GenossInnen befinden sich vorerst in den Kerkern des Staates, während sich zwei weitere Genossen schon lange im Knast befinden: Gabriel Pombo da Silva in Aachen, Deutschland, und Marco Camenisch in der Schweiz. Ermittelt wird insgesamt gegen 24 Personen – darunter auch einige, die Teil der Gruppe „Conspiracy of Cells of Fire" sind. Die Vorwürfe beziehen sich vor allem auf die vermeintliche Mitgliedschaft in der F.A.I./IRF (informelle anarchistische Föderation/ internationale revolutionäre Front) und auf einige ihrer Angriffe seit dem Jahr 2009, deshalb wird gegen die Genoss_innen unter anderen mit dem Paragraph 270bis ermittelt – terroristische Vereinigung.

Im Bezug auf die Schüsse auf Roberto Adinolfi, den Manager der Atomfirma Ansaldo Nucleare, im Mai diesen Jahres behaupten die Ermittler, dass es zunächst keine Hinweise auf eine Beteiligung der Beschuldigten gäbe.
Unter den Verhafteten sind auch einige die verschiedene anarchistische Blogs und Webseiten betreiben – beispielsweise culmine.noblogs.org, wogegen erst kürzlich andere Operationen und Einschüchterungsversuche liefen. Im Laufe der Durchsuchungen, wo Computer, verschiedene Broschüren, Handys, USB-Sticks und Korrespondenz mit eingesperrten GenossInnen mitgenommen wurden, ist auch das Haus eines der Beteiligten an der anarchistischen Website www.informa-azione.info durchsucht worden. Ihm wurden die Computer beschlagnahmt, die für die Aktualisierung der Webseite notwendig sind.
Dieser Repressionsschlag zeigt, dass es um sich unter den Beschuldigten wiederzufinden als Kriterium genügt, Anarchist_in zu sein. Die Hilflosigkeit der Repressionsorgane lässt sie wie schon so oft Konstrukte spinnen. Doch von Schuld oder Unschuld sollte sowieso überhaupt keine Rede sein, denn alles was bis jetzt in den hetzenden Medien herumgeistert Lügen des Staates und seiner Helfer_innen sind.

Die Solidarität und unsere Ideen werden immer stärker als ihre Gesetze, Zäune und Mauern sein!

Hier die Adressen der Inhaftierten – schreibt ihnen!

Stefano Gabriele Fosco
Elisa di Beranrdo
Via Don Bosco 47
56127 Pisa

Alessandro Settepani
Paola Francesca Iozzi
CC Capanne
Via Pievaiola 52
06132 Perugia

Sergio Maria Stefani
CC Regina Coleli
Via Della Lungara 29
00165 Roma

Katia di Stefano
CC Rebibbia Femminile
Via Bratolo Longo
00156 Roma

Giuseppe Lo Turco
CC MArassi
Piazzale Marassi 2
16139 Genova

Giulia Marziale
CC Teramo
Contrada Castrogno
64100 Teramo

Repressionswelle gegen Anarchist_innen in Istanbul

Am 14.05 gab es eine Polizei-Operation gegen Anarchist_innen in Istanbul. Mehr als 60 Gefährt_innen wurden festgenommen, denen vorgeworfen wird an den 1. Mai Riots beteiligt gewesen zu sein, bei dem der anarchistische Block Banken, Geschäfte und Institutionen angriff.

Um 6:00 Uhr morgens griffen schwer bewaffnete Spezial-Einheiten der Polizei die Räume verschiedener anarchistischer Gruppen und Initiativen an. Die Gruppe „Revolutionäre anarchistische Aktion" (DAF) berichtete, dass sich die Menschen in einem der gestürmten Gebäude in Kadıköy (ein Stadtteil von Istanbul) gegen den Angiff gewehrt haben. Bis jetzt haben Anwälte nicht mal die Namen aller Festgenommenen. In der Türkei ist es gängige Praxis das Festgenommene zum Teil für Jahre ohne Prozess oder ähnliches im Knast sitzen.

Wir sind weder empört noch geschockt von diesem Angriff. Da wo wir den Staat und das System bekämpfen wird mit aller Härte zurückgeschlagen.
Es ist nötig unseren Gefährt_innen in der Türkei unsere aktive Solidarität zu zeigen und sie in diesem Moment nicht alleine zu lassen.

Für den Aufstand für die Anarchie!

Anarchist_innen in Solidarität

Weitere Infos:
noprisonnostate.blogsport.de (deutsch)
operationblackscare.wordpress.com (international)

war starts here

Pressemitteilung 01. 09.2012: Mit einer Mahnwache wird eine Fläche für das antimilitaristische Camp erstritten

Mit einer Versammlungsanmeldung reagieren die OrganisatorInnen jetzt auf die seit Monaten festgefahrenen Verhandlungen um eine Fläche für das antimilitaristische "war starts here"-Camp in Letzlingen. Am vergangenen Mittwoch wurde beim Ordnungsamt des Altmarkkreis Salzwedel eine Dauermahnwache für den Zeitraum vom 10.- 17. September auf dem Marktplatz in Letzlingen angemeldet.

Mit dieser Versammlung, zu der mehrere hundert Teilnehmer_innen erwartet werden, protestieren die Antimilitarist_innen unter dem Motto "Jedes Camp braucht seinen Platz" gegen die Verweigerungshaltung der politischen Führung von Stadt Gardelegen und der Gemeinde Letzlingen bei der Campplatzsuche. "Wir werden solange auf dem Martktplatz sein, bis wir einen geeigneten Campplatz haben", betont Karoline Puls von der Campvorbereitung. Da das Camp regulär am Mittwoch anfängt, wollen die Camporganisator_innen den politischen Druck für die Genehmigung eines geeigneten Campplatzes erhöhen, indem sie schon 2 Tage vorher auf den Marktplatz kommen und für ihr Anliegen werben. "Wir wollen die skandalösen Zustände in der Region öffentlich machen, in der sich die gewählten politischen Vertreter_innen gebärden wie eine zivile Vorfeldorganisation der Militärs und des GÜZ-Betreibers Rheinmetall", so Karoline Puls weiter.

"Dabei soll diese Dauermahnwache keine Ersatzveranstaltung für das Camp sein", versichert Puls. "Auf dem Marktplatz werden wir die geplanten Informations- und Diskussionsveranstaltungen zum GÜZ, zu Krieg und Militarisierung auf keinen Fall so gut durchführen können wie in einem regulären Camp." Trotzdem macht es Sinn, diese Dauermahnwache genau hier im Zentrum von Letzlingen zu plazieren: Die mangelnde Unterstützung bei der Campplatzsuche durch die politischen Verantwortlichen sowie die Angst potentieller Grundstückseigentümer_innen, sich mit einer Campunterstützung gegen das GÜZ zu positionieren, zeigen eindeutig, wie stark nicht nur die Gemeinde Letzlingen, sondern die gesamte Region sich im Würgegriff von Rheinmetall und Bundewehr befinden. "Die Folgen der Militarisierung für das zivile Leben an Militärstandorten ist ja gerade eines der Hauptthemen des Camps, und das können wir der internationalen Öffentlichkeit durch diese Dauermahnwache womöglich sogar besser vermitteln als durch Infoveranstaltungen auf unserem Camp."

Natürlich, und das bestreitet Puls auch gar nicht, "ist die Dauermahnwache ein Mittel, nun den Druck zu erhöhen, damit die Verantwortlichen einlenken und es endlich eine Platzlösung gibt. Bürgermeister Fuchs und Ortsbürgermeisterin Lessing haben uns von Anfang an vermittelt, dass sie unsere Form antimilitaristischer Proteste am liebsten durch Aussitzen verhindern wollen. Ihre permanent wiederholte Aussage, dass es in Letzlingen keine öffentlichen Flächen gäbe, die die Stadt zur Verfügung stellen könnte, ist nichts als eine peinliche Schutzbehauptung, um sich vor einer Problemlösung zu drücken, die dem Camp als legitimen Ausdruck des Protests gegen das GÜZ zukommt".

Auch in Letzlingen gibt es wie in allen Gemeinden vergleichbarer Größenordnung Flächen, die für öffentliche Veranstaltungen genutzt werden. Wenn die politischen Verantwortlichen daran interessiert sind, ein Camp in einem vernünftigen und angemessenen Rahmen stattfinden zu lassen, werden Sie ihren Einfluss geltend machen, dass eben eine solche Flächen gefunden wird. "Mit ihrer Strategie des Aussitzens haben Fuchs und Lessing sich selbst einen Bärendienst erwiesen", so Puls.
Mit ihren Versuchen ein Camp in Letzlingen zu verhindern, haben sie nur bewirkt, dass mit der geplanten Dauermahnwache der Protest nun mitten auf den Marktplatz rückt, konstatiert Puls abschließend.

Über das "War Starts Here"-Camp: Vom 12. - 17. September findet in Letzlingen in unmittelbarer Nachbarschaft zum Gefechtsübungszentrum (GÜZ) das diesjährige "War Starts Here"-Camp statt. Als internationales antimilitaristisches Diskussions- und Aktionscamp bietet sich hier die Möglichkeit, die Themen Krieg und Militarisierung in den Blick zu nehmen, sich über Entwicklungen auszutauschen und gemeinsam Perspektiven des Widerstands zu entwickeln, sich von den Erfahrungen anderer inspirieren zu lassen und einen Teil dieser am Aktionstag vielleicht umzusetzen: Denn das GÜZ, der derzeit modernste Truppenübungsplatz Europas, ist für die Bundeswehr (und zunehmend auch für Armeen anderer Staaten) ein zentraler Ort, an dem Krieg geübt wird. Da Krieg Üben immer ein Teil von Krieg Führen ist, von Verstümmeln, Verwüsten und Töten, haben Aktivist_Innen angekündigt, den Übungsbetrieb am Aktionstag für einen Tag zu unterbrechen.

Weitere Informationen und Material für die Presse finden Sie unter:
www.warstartsherecamp.org



war starts here

Feministischer Aufruf für das antimilitaristische Camp in der Altmark 12. bis 17. September 2012



Ein antimilitaristisches Camp in der Altmark bei Magdeburg, in der Nähe eines Gefechtsübungszentrums. Was haben wir als Feminist innen damit zu tun?

Warum sollten wir hinfahren und uns in die Vorbereitung einklinken? Es gibt genug Gründe: In der Bundesrepublik Deutschland ist die Bundeswehr wieder eine Angriffsarmee. Die Kriege, die sie führt, beginnen hier vor der Haustür: Die Menschen, die ausgebildet werden, um Menschen zu erschießen, werden in unseren Schulen und Universitäten angeworben, werden auf Arbeitsämtern zu Werbe Infoveranstaltungen verpflichtet, werden auf Volksfesten und Messen zum „Abenteuer Krieg" eingeladen. Die Militarisierung im Alltag ist kaum noch zu übersehen. Viele der Waffen, die in der ganzen Welt zum Einsatz kommen, werden in der BRD produziert. Die konkreten Einsätze werden auf dem riesigen Gelände in der Altmark geübt - mitten in Deutschland.

Auf dem Gelände des Gefechtsübungszentrums (GÜZ) wird in diesem Jahr noch mit dem Bau einer Stadt begonnen, das so genannte „Urbane Zentrum", genannt „Schnöggersburg". Kostenpunkt: ca. 100 Millionen Euro. Die Betreiberfirma Rheinmetall sagt auf ihrer Homepage zur Funktion des GÜZ: „Hier üben die Soldaten in einer Mischung aus realem Manöver und IT-gestützter Live-Simulation die Panzerabwehr, den Häuserkampf oder das Verhalten gegenüber einer aufgebrachten Menschenmenge." Hier wird nicht nur für die Aufstandsbekämpfung auf anderen Kontinenten geübt. Es geht auch um Aufstandsbekämpfung in Europa: gegen den schon vorhandenen und den noch entstehenden Aufruhr und Widerstand gegen die sich immer mehr verschärfenden Lebensbedingungen.

Was haben feminist innen mit Widerstand gegen Militarisierung und Krieg zu tun?

Feminismus heißt für uns, die weltweiten patriarchalen Verhältnisse infrage zu stellen und zu bekämpfen. Frauen* haben ein ganz besonderes Interesse gegen alle Formen von Unterdrückung und Ausbeutung anzugehen, da sie den herrschenden Machtverhältnissen in besonderem Maße ausgesetzt sind.

Kriegsalltag - Alltagskrieg

Für Frauen* gibt es keinen Frieden, weder in sogenannten Friedens- noch in Kriegszeiten. Anders ausgedrückt: Gewalt ist für Frauen* ständig präsent – jederzeit und an jedem Ort. Die patriarchale Ordnung baut auf der Produktion und ständigen Reproduktion von Geschlechtern auf und ist somit ein Konstrukt. Es wird eine Einteilung der Menschen in zwei Kategorien („Frau" und „Mann") durchgesetzt, denen jeweils bestimmte Eigenschaften und gesellschaftliche Bereiche zugeschrieben werden. Mit der Zuschreibung geht eine Bewertung einher, für die „weibliche"* Geschlechterrolle eine Abwertung. Frauen* werden auf den Bereich des sogenannten Privaten und dort auf die geschlechtsspezifischen, reproduktiven Aufgaben verwiesen. Männern* wird der Bereich des Öffentlichen und Politischen zugeschrieben. Geschlecht ist nach wie vor ein entscheidender gesellschaftlich bestimmender Faktor, über den alle Unterdrückungsinstrumente durchgesetzt werden. Als Feminist_innen ist es uns wichtig den Zusammenhang zwischen Krieg und Patriarchat herzustellen. Nicht nur das Kapital, auch das Militär profitiert vom hierarchischen Geschlechterdualismus, reproduziert und verstärkt ihn. Die extremste Form der Herstellung und Vergewisserung von „Männlichkeit"* ist die Ausübung sexualisierter Gewalt, in der der Körper des Täters als Waffe zur Unterwerfung eingesetzt wird. Die Frauenkörper symbolisieren die vermeintliche Ehre der Männer*, ihre „Schändung" demonstriert Macht und Überlegenheit über den „Feind". Vergewaltigung ist eine Kriegsführungs-Strategie, die gezielt eingesetzt wird zur Demoralisierung des Gegners, zum Zweck ethisch motivierter Vertreibungen, Inbesitznahme von Ländern und als Mittel gesellschaftlicher Unterdrückung.

Kämpfen wir zusammen für eine herrschaftsfreie Gesellschaft

Organisieren wir uns gegen Ausbeutung und Unterdrückung! Wir setzen uns ein für eine Welt ohne Krieg und Militarisierung! Deshalb beteiligen wir uns am antimilitaristischen Camp in der Altmark. Wir laden euch alle ein, mit uns fantasievolle diskussions- und aktionsreiche Tage auf dem Camp zu gestalten, um diesem Ziel einen Schritt näher zu kommen!

Feministische Vorbereitungsgruppe

* Das Sternchen an den Begriffen „Frauen"/"weiblich", „Männer"/"männlich" soll daran erinnern, dass damit verschiedene Menschen mit verschiedenen gesellschaftlichen Positionen bezeichnet werden und dass es sich dabei um gesellschaftlich hergestellte Kategorien und nicht um „natürlich" vorhandene handelt. Solange diese Kategorien so wirkmächtig sind, benutzen wir die Begriffe, um bestehende Herrschaftsverhältnisse zu benennen.

war starts here

Deutsche Waffen ... - Ein Redebeitrag beim Schanzenfest

Mit Einführung des Schengen-Abkommens und der damit verbundenen Aufhebung der innereuropäischen Grenzkontrollen, fiel den Ländern an den EU-Außengrenzen eine völlig neue Rolle zu. Portugal, Spanien, Frankreich, Italien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien sind jetzt für die Sicherung der EU-Außengrenzen verantwortlich. Rumänien und Bulgarien - obwohl EU-Mitglieder- hat man vorsichtshalber erstmal nicht in den Schengen-Raum mit aufgenommen, weil man ihnen die Grenzsicherung sowieso nicht zutraut. Bulgarien hat aber schon mal 130 Millionen Euro für die Grenzsicherung bekommen, hiervon wird auch der Aufbau sogenannter detention-center, Knäste in denen Menschen teilweise für Jahre gefangen gehalten werden, finanziert.
Somit ist Griechenland für viele Menschen, vor allem aus dem Iran, Afghanistan und Nordfrika, das Tor zu Europa. Laut Pro Asyl versuchen ca. 75% aller Flüchtlinge über Griechenland Europa zu erreichen. Leider sind sie in Europa nicht willkommen und müssen daher an der Grenze aufgehalten und am besten gleich zurückgeschickt werden. Durch die große Anzahl von Flüchtlingen kann Griechenland diese Aufgabe alleine nicht mehr so erfüllen wie die anderen Länder – vor allem Deutschland - sich das vorstellen, so kam Frontex ins Spiel.

Frontex ist die europäische Grenzschutzagentur, sie wurde 2005 gegründet und hat ihren Hauptsitz in Warschau. Seit der Gründung erhielt Frontex immer mehr Mitarbeiter und auch das Budget stieg stetig bis heute auf ca. 86 Millionen Euro. Bisher hatte Frontex keine eigene Ausrüstung wie Hubschrauber, Schiffe, Sicherheitsequipment – diese musste von den anderen EU-Ländern bereitgestellt werden - aber das soll sich ändern.
Frontex macht im Vorfeld sog. Risikoanalysen anhand derer entschieden wird, wo die nächsten Gefahrengebiete lauern. Die Einsätze haben dann so schöne Namen wie Poseidon, Hera oder Nautilus. Aufgrund dieser Analysen ist Frontex seit Jahren auch in Bulgarien tätig. Flüchtlinge berichten immer wieder von den tödlichen Einsätzen der Agentur zu deren Spezialität Schlauchboote aufschlitzen, Vorräte wegnehmen u.ä. gehören. Frontex ist für den Tod vieler Menschen an den EU-Außengrenzen maßgeblich verantwortlich. So änderten sich z.b. aufgrund der massiven Präsenz auf See, die Flüchtlingsrouten so, das heute viele Menschen versuchen über den Fluss Evros Griechenland zu erreichen – hierbei sind hunderte gestorben. Aktuell baut Griechenland – für ca. 3 Millionen Euro - einen Grenzzaun an der türkischen Grenze, um die Menschen am Grenzübertritt zu hindern.

Woher kommt die Ausrüstung die Griechenland zur Grenzsicherung benötigt?

Weltweit steht die Rüstungsschmiede Deutschland hoch im Kurs. Beliebt sind nicht nur die Schusswaffen aus dem Hause Heckler&Koch, auch Kriegsschiffe von Thyssen-Krupp oder Panzer aus dem Hause Krauss-Maffei Wegmann stehen ganz oben auf den Einkaufslisten der Militärs. Allein in den Jahren von 2004 bis 2009 stiegen die deutschen Rüstungsexporte um 70 Prozent. Damit wuchs der deutsche Weltmarktanteil auf rund elf Prozent. Griechenland ist nach Portugal der größte Abnehmer deutscher Waffen. 13% des deutschen Rüstungsexports gehen nach Griechenland.
2010 betrug der griechische Rüstungsetat fast sieben Milliarden Euro. Das entsprach knapp drei Prozent der Wirtschaftsleistung. Zwar kürzte das Verteidigungsministerium 2011 die Rüstungs-Neubeschaffungen um 500 Millionen Euro. Das aber sorge nur dafür, dass der künftige Bedarf umso höher ausfalle, sagt ein Rüstungsexperte. Denn an der Truppenstärke von fast 130.000 Soldaten ändert sich vorerst nichts.



Dem jüngsten Rüstungsexportbericht ist zu entnehmen, dass Griechenland 2010 exakt 223 Panzerhaubitzen aus Bundeswehrbeständen sowie ein U-Boot aus Deutschland importierte. Gesamtwert der Waffengeschäfte: 403 Millionen Euro. In den Jahren davor verdiente im Süden Europas vor allem Krauss-Maffei Wegmann prächtig. Das Münchner Unternehmen lieferte 170 Leopard-2-Panzer an Athen aus, dabei ging es um 1,7 Milliarden Euro.
Auch die Kieler Howaldtswerke-Deutsche Werft haben mit Griechenland gute Geschäfte gemacht. Gewinn beim Verkauf von vier U-Booten: 2,85 Milliarden Euro.U-Boote von ThyssenKrupp, Hubschrauber von Eurocopter und Lenkflugkörper von Diehl BGT Defence - sie zählen zum Stolz des griechischen Militärs. Das Kriegsgerät trägt erheblich dazu bei, dass die Staatsschuld Griechenlands explodiert. Nicht nur beim Anteil der Rüstung am Bruttoinlandsprodukt liegen die Griechen in Europa auf einem Spitzenplatz. Der griechische Militärsektor verspricht den Menschen Sicherheit – und Arbeitsplätze. In einem Land ohne bedeutende eigene Industrie ist das viel wert, der historische Konflikt mit der Türkei tut sein übriges. Deutsche Rüstungsunternehmen haben das früh erkannt und sind mit griechischen Firmen aufs Engste verflochten.
Rüstungslobbyisten wundern sich allerdings darüber, dass Griechenland laut UN-Waffenregister im Jahr 2009 exakt 1614 Kampfpanzer im Bestand hatte. »In dieser zerklüfteten Region können die Griechen damit gar nichts anfangen«, sagt ein Branchenkenner. Gekauft wurde trotzdem. Druck von außen, die Aufrüstung zu beenden, blieb bis heute aus. Die Folge: Bei den von einer Troika aus Experten des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank und der EU-Kommission überwachten Sparmaßnahmen wird das Verteidigungsbudget kaum angefasst. Der alte Spruch deutsche Waffen deutsches Geld morden mit in aller Welt hat an Aktualität leider nichts verloren.

war starts here

War starts here Teil IV
Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr

Teil vier unserer Reihe in der Zeck und diesmal ein Text der in der Broschüre „Militär in Oldenburg – oder: was hat das mit Krieg zu tun?“ abgedruckt war. Sehr lesenswert. Los geht's:

Die Bundeswehr benötigt Menschen, die bereit sind Soldat_innen zu werden, um ihre „Aufgaben“ als weltweit agierende Interventionsarmee erfüllen zu können. Aus diesem Grund gehen Jugendoffizier_innen der Bundeswehr an Schulen und Universitäten, werden Kletterwände auf Marktplätzen aufgebaut und Messen, Arbeitsämter und Großveranstaltungen aufgesucht. Die Bundeswehr ist im Internet mit mehreren Seiten präsent und veranstaltet mehrmals im Jahr Sport- und Musikveranstaltungen, wie das „BW-Beachen“ und die „BW-Olympix“. Es gibt Tage der offenen Tür, wie zum Beispiel „Open Ship“ bei der Marine. Bei diesen Anstrengungen der Bundeswehr geht es nicht nur um die Dekkung des Personalbedarfs, sondern auch um die Generierung von gesellschaftlicher Akzeptanz zum einen für die Einsätze der Bundeswehr und zum anderen für den „Beruf“ Soldat_in.

In Zeiten von immer gefährlicheren und von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnten Auslandseinsätzen fällt es der Bundeswehr jedoch nicht leicht, Menschen zu finden, die bereit sind, als Soldat_in ihr Leben zu riskieren. Auch militärischer Drill und Gehorsam werden zunehmend abgelehnt. Hinzu kommt der demografische Wandel, was bedeutet, das immer weniger junge Menschen der Bundeswehr theoretisch zur Verfügung stehen.

Anreize wie die „Sicherheit“ des Jobs oder die gute Bezahlung verfangen gerade bei Menschen mit beruflichen Perspektiven immer schlechter. „Besser“ qualifizierte Menschen gehen heutzutage selten zur Bundeswehr. Der Sanitätsdienst hat zum Beispiel große Probleme Offiziere_innen (also Ärzt_innen) zu rekrutieren und auch dem KSK (Kommando Spezialkräfte) fehlt es an Personal. Zur Bundeswehr gehen heute vor allem junge Menschen, die, unter anderem aufgrund von (Lehr-)Stellenmangel, nur wenige Möglichkeiten haben, auf von der Gesellschaft als legitim betrachtetem Wege, an Geld zu kommen.

Besonders von der Verschärfung der Auflagen für unter 25-Jährige Hartz4 Empfänger_ innen hat die Bundeswehr profitiert. Der Sozialabbau fungiert somit als Rekrutierungshilfe für die Bundeswehr. Denn wer lässt sich leichter verpflichten als ein Mensch, der keine anderen Perspektiven hat? Aus diesem Grund wirbt die Bundeswehr massiv in Agenturen für Arbeit für den „Beruf“ des/der Soldat_in. So sagte Christian Louven vom Zentrum für Nachwuchsgewinnung Nord „ [...]die Bundeswehr profitiert von der schlechten Wirtschaftslage, das nutzen wir auch aus.“. Zu sehen ist dies auch daran, dass die Rekrutierungsquote in Regionen mit hoher Jugendarbeitslosigkeit erheblich höher ist, als in Regionen in denen Jugendliche zwischen einem Job im zivilen Sektor und einer Laufbahn bei der Bundeswehr wählen können. Grund hierfür ist unter anderem die Hartz 4 Gesetzgebung, die für Jugendliche unter 25 besonders rigide ist. Das bedeutet, dass sie, wenn sie noch bei ihren Eltern wohnen, generell nur einen Regelsatz von 287€ anstelle von 359€ bekommen und zudem auch keinerlei Mietzuschüsse erhalten.

Dies führt faktisch dazu das ein Auszug unmöglich ist und die Bundeswehr schnell zur einzigen Option wird, das Elternhaus zu verlassen. Zudem hat die U25 Regelung weitere absurde Auswüchse. Unter anderem ist es möglich Jugendlichen, bei nur einem einzigen Verstoß gegen die Auflagen der Arbeitsagenturen, den Regelsatz um 100% zu kürzen. So stehen Jugendliche unter einem enormen Druck möglichst schnell eine Ausbildungs- bzw. Arbeitsstelle zu finden, selbst wenn diese bei der Bundeswehr ist. Ronny Schleicher, Sprecher der ARGE Leipzig „Ein Angebot für einen Job beim Bund werten wir als normale Wiedereingliederungshilfe. Allerdings werden wir in jedem Einzelfall prüfen, ob das Angebot zumutbar war und somit Sanktionen fällig werden“ Allein die Gleichstellung von Bundeswehr und ziviler Arbeit ist eine schaurige Verharmlosung der Tragweite einer „Karriere“ bei der Bundeswehr, aber zudem noch Druck durch mögliche finanzielle Sanktionen aufzubauen bewegt sich in die Richtung einer Zwangsrekrutierung.

Um diesen Druck zu verschleiern, wird das Soldat_innen da sein durch die ARGEs schöngeredet, deren Mitarbeiter_innen durchBundeswehreinrichtungen speziell geschult werden sollen. So wirbt die ARGE Magdeburg in einer Pressemitteilung: „Diese Karrierechance als Soldat auf Zeit bietet ihnen für vier Jahre ein gesichertes Einkommen, erweitert ihre sozialen und beruflichen Kompetenzen und entlastet den Arbeitsmarkt.“ Dass mensch für vier Jahre keine Chance hat den Arbeitsplatz zu wechseln, wird hier einfach als gesichertes Einkommen umgedichtet oder auch gerne als „Beschäftigungsgarantie“ umschrieben und auch die Gefahren für die eigene Gesundheit bei einem Auslandseinsatz werden unter den Tisch fallen gelassen.

Von jeglichem standortnationalistischen Quatsch in der Aussage der ARGE Magdeburg abgesehen, funktioniert die angebliche „Entlastung“ des Arbeitsmarktes nur, weil alle alle Steuerzahler_innen über Steuern die Bundeswehr finanzieren müssen. Das dieses Geld investiert in Bildung und soziale Projekte Jugendlichen eine weitaus bessere Perspektive schaffen würde ist nach der herrschenden kapitalistischen Logik keine Option. Vitale Interessen im Ausland könnten so ja nicht durch den Bundeswehr Nachwuchs vertreten werden.

Selbst die Gefahren eines Einsatzes sind keine Argumente gegen das Soldat_innen da sein mehr. Die ständige Gefährdung der körperlichen Unversehrtheit und der dadurch ständig vorhandenen Druck sind laut „Y“(ein Magazin der Bundeswehr) großartig für die Persönlichkeit. „[die Soldaten] sind auch hohem psychischen Druck ausgesetzt, denn im Einsatz geht es um das eigene Leben. Mehr noch als Berufstätiger in der Wirtschaft, wo Entlassung, Mobbing und Reorganisation [...] die Berufstätigen heutzutage belasten. Das verschafft den ehemaligen Soldaten einen Wettbewerbsvorteil auf dem Arbeitsmarkt von hohem Wert.“

Dass die Anzahl an Soldat_innen mit posttraumatischen Belastungsstörungen nach

war starts here

Auslandseinsätzen steigt, die dadurch keinerlei Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, wird hierbei zynischer weise einfach ausgeblendet. Militarisierung und Sozialabbau gehen hier Hand in Hand. Esmuss jedem/jeder klar sein bzw. klar gemacht werden, dass ein Soldat_innen da sein niemals der Ausweg aus der Perspektivlosigkeit ist.

Mörder innen mit Abschluss...

Wie bereits erwähnt, gelingt es der Bundeswehr vor allem perspektivlose, junge Menschen mittels enormen Drucks zu Rekrutieren. Probleme hingegen bereitet es der Bundeswehr „besser" qualifizierte Menschen für den Beruf Soldat_in anzuwerben. Menschen mit „höherer" Qualifikation und beruflicher Perspektive gehen selten zur Bundeswehr.

Im Sanitätsdienst, bei den Kampfgeschwadern, dem KSK, den Kampfschwimmern und bei weiteren Teilen der Truppe fehlt es an qualifiziertem Personal. Mit Angeboten der Aus- und Weiterbildung versucht die Bundeswehr diesen Missstand zu beheben.

Eine wichtige Rolle spielen dabei die Bundeswehr-Universitäten in München und in Hamburg (Helmut - Schmidt-Universität). Die Bundeswehr bewirbt ihre Universitäten mittlerweile massiv mit dem Slogan: „Studieren ohne Studiengebühren, Studieren mit Gehalt – Studium bei der Bundeswehr". Tatsächlich gibt es bei den Bundeswehr-Universitäten keine Studiengebühren und den Student_innen wird Sold gezahlt. Die Kehrseite der Medaille: Voraussetzung für ein Studium bei der Bundeswehr ist eine Verpflichtung auf 13 Jahre.

Angesichts der horrenden Studiengebühren in vielen Bundesländern ist es nicht verwunderlich, das bei einer Umfrage im Jahr 2002 fast 70% der Student_innen an den Bundeswehr-Universitäten angaben, das sie den „Beruf" Soldat_in nicht gewählt hätten, wenn ihnen dadurch kein gebührenfreies Studium ermöglicht worden wäre.

...und ohne.

Eine weitere Maßnahme der Bundeswehr um Menschen für gefährliche Einsätze zu rekrutieren, ist das Absenken der Einstellungskriterien für Freiwilligländerdienende. Freiwilligländerdienende sind Menschen, die den Grundwehrdienst absolviert haben und sich für einen bestimmten Zeitraum darüber hinaus verpflichten. Diese Verpflichtung schließt auch Auslandseinsätze mit ein. Im Jahr 2006 wurden die Einstellungskriterien für Freiwilligländerdienenden in Bezug auf physische Belastbarkeit erhöht, während sie in Bezug auf psychische Belastbarkeit, soziale Kompetenz und Verhaltensstabilität abgesenkt wurden. Wie verantwortungslos dies gegenüber der betroffenen Lokalbevölkerung aber auch den Soldat_innen selbst ist, dürfte klar sein. Aber hier können wir nicht mit unserer Kritik stehenbleiben.

Wir wollen nicht das fortan schlauere, nettere und besser ausgebildete Soldat_innen die Kriegsschauplätze dominieren. Kein Mensch darf je wieder dazu gezwungen werden sein Leben im Krieg riskieren. Das Militär war und wird nie ein „normaler" Arbeitgeber sein, denn es gehört auf dem Weg in eine emanzipatorische und friedlichere Gesellschaft sofort abgeschafft.





The Antifacamp did not take place - Dortmunder Polizei "erspürt" unsichtbare Aggression

Ein Kommentar zur Rolle der Polizei am 1. September 2012. Wir möchten ja nicht immer darauf rumreiten, dass die Polizei Dortmund und der Oberbürgermeister uns mehr Steine in den Weg gelegt haben, als die von ihnen herbeihalluzinierten 300 gewaltbereiten Autonomen hätten schmeißen können, aber...

Es gibt da ein paar Dinge, die klargestellt werden müssen. Und darum wird es in den nächsten Wochen auch noch einmal Diskussionen, Texte und Repliken geben. Schon heute fangen wir damit an, denn vorhin ließ die Polizei verlautbaren: "Teilnehmer des sogenannten Antifacamp sind sehr aggressiv aufgetreten. Hier musste die Polizei robust auftreten."

Moment. Alle aktiven Antifaschist_innen, auch solche, die nie ohne Parteifähnchen auf einer Gegendemo waren, wissen, was die Polizei meint, wenn sie "robust" sagt. Ewig lange Kessel, Helme, Tränengas, Wasserwerfer, vielleicht bei "ein bisschen robust" auch erst mal nur ein, zwei Tritte oder Schläge mit Schlagstöcken. Heute hat die Polizei nicht besonders "robust" agiert; nervig restriktiv, in zu großen Massen, ohne genauen Plan, was sie eigentlich machen sollen mit der ganzen Polizeiübermacht (außer über die Form des Mittagessens zu streiten, wie die WAZ berichtete). Aber "robust" kennen wir anders. Und hätten hier auch gleich einen Vorschlag: Wenn schon so viele Beamt_innen am Wochenende arbeiten müssen, könnten die doch mal schauen, wer da so demonstriert: das "sogenannte" Antifacamp war zumindest auch zeitgleich das "echte".

Wo war denn nun die ganze Gewalt und Aggression, auf die angeblich robust reagiert werden musste? O-Töne der Polizei dazu von heute:
"In beiden Versammlungen [Anm.: Alerta- und Antifacamp-Demo, die sich am Ende in Teilen kurz zusammenfanden] bildeten sich sogenannte schwarze Blöcke mit gewaltbereiten, vermummten Teilnehmern. Aus den Versammlungen heraus gibt es eine aggressive Stimmung gegen die Polizei und die eingesetzten Polizeibeamten.
Versammlungsverantwortliche beider Demonstrationszüge, unter ihnen der Veranstalter des sogenannten Antifacamps, verhalten sich gegenüber der Polizei unkooperativ. 'Dies hat mit Protest gegen Rechtsextremismus nichts mehr zu tun. Das brauchen wir hier in Dortmund nicht', so Einsatzleiter Dieter Keil heute Nachmittag in Dortmund."

Zu behaupten, wir hätten mit mehreren hundert Demonstant_innen nicht gegen Rechtsextremismus protestiert, an einem Tag, an dem ganz Dortmund dazu aufgerufen war, "gegen rechts" auf die Straße zu gehen, ist eine freche Anmaßung und eine pauschale Beleidigung der Teilnehmer_innen. Und zur "Vermummung": Wir bezweifeln, dass die Polizist_innen, deren Namen die ganze Zeit von Nazis getwittert werden, sobald sie in Dorstfeld ihre Schicht beginnen, sich dabei komfortabel fühlen. Von Nazis persönlich bedroht zu werden, scheint uns kein so großer Spaß. Fotografiert zu werden, deutlich identifizierbar auf Nazi- oder öffentlichen Seiten abgebildet zu sein – das ist für die Antifa schon lange ein klares No-Go. Die Polizei mit all ihrer langjährigen Demoerfahrung scheint das vergessen zu haben. Die Teilnehmer_innen der Antifacamp-Solidemo bekamen ein "Wir lassen Sie nicht loslaufen, solange Leute vermummt sind" zu hören, nachdem schon bei der Alerta-Kundgebung von Seiten der Antifaschist_innen deutlich kommuniziert worden war, dass Fotografieren – auch durch die Staatsmacht – nicht gewünscht ist. Wie genau eine Kapuze und eine Sonnenbrille die öffentliche Ordnung gefährden, haben wir allerdings sowieso noch nie verstanden. So oder so – weder uns noch der anwesenden Presse (etwa den Ruhrbaronen) wurde erklärt, was genau unkooperativ war am Verhalten der Anmelder_innen – und eigentlich schrieb ja auch die Polizeipresse von der allgemeinen Friedlichkeit des Tages. War dann gar die "Gewaltbereitschaft" erstmal eine reine Behauptung – um, ja um was eigentlich? Die Kosten zu rechtfertigen? Die "Bürgerlichen" davon zu überzeugen, dass die "offiziellen" Anti-Rechts-Kundgebungen "besser" waren als die kurzfristig angemeldeten Demos der "Linken", obwohl letztere voller waren?

Die abendliche Erklärung bringt Licht ins Dunkel. Um 19.45 Uhr veröffentlicht die Polizei Dortmund eine Pressemitteilung:
"Als völlig unbefriedigend erwiesen sich die Kontakte zu den Verantwortlichen des Antifacamps. Sowohl in der Planungsphase des Camps als auch im Verlauf des Demonstrationswochenendes verhielten sie sich der Polizei gegenüber in jeglicher Hinsicht unkooperativ, z.B. wurden Kooperationsgespräche mehrfach abgebrochen.

Die Polizistinnen und Polizisten im Versammlungsraum bekamen die aggressive Grundhaltung zu spüren. Diese Stimmung richtete sich ausschließlich gegen die Polizei und hatte mit Protest gegen Rechtsextremisten nichts zu tun.

Rückblickend hat es sich als richtig erwiesen, dass die Stadt Dortmund unter Berüksichtigung unserer Gefahrenprognose das sogenannte Antifacamp nicht genehmigt hat."

Ach so. Ein Rundum-Rechtfertigungsbedürfnis. Die Leute vom Antifacamp waren alle ein bisschen aggro, schon im Vorfeld, die Polizei fühlte sich vor Wochen schon missverstanden, und als dann dieselbe Stimmung heute auf der Demo wieder "spürbar" wurde, war klar: "Antifaschismus geht so nicht".

Oder sagen wir: Für die Polizei war das klar. Weil sie ja erklären müssen, wieso sie in den letzten 10 Tagen so agiert haben, wie in den Medien hinreichend dargestellt. Nicht mal bei der Abschlussdemo ohne Nazis ist was passiert, was man (also: "die Staatsmacht") beim Namen nennen könnte, daher mussten dieselben Floskeln wie immer künstlich ins "Aktuelle Tagesgeschehen" eingeflochten werden. Die Extremismus-Mär vom "guten" und vom "bösen" Antifaschismus, und Pauschalisierungen, die jede zukünftige Diskussion um die Rechtmäßigkeit des Campverbots im Keim ersticken sollen. Wär natürlich schön gewesen für die Polizei, ein paar Bilder oder Belege gehabt zu haben, aber Geschichten erzählen ist auch ein schönes Hobby. Nur, dass nicht alle so leichtgläubig sind – wie die lange Unterstützer_innenliste der "Antifacamp – Jetzt erst recht"-Kampagne genauso belegt wie deutliche Verurteilungen des offiziellen Vorgehens etwa von Seiten des Auschwitz-Komitees.
"Robust", wie gesagt, geht anders. "Peinlich" trifft's dafür ziemlich gut.

Presseerklärung vom Alerta!-Bündnis



Insgesamt knapp 2.000 Antifaschist_innen demonstrierten am heutigen Samstag, den 01.09., trotz des Verbots des Naziaufmarschs überall in Dortmund gegen Rechts. Bereits am gestrigen Freitag machte eine lautstarke antifaschistische Demonstration in Bochum-Langendreer und Dortmund-Lütgendortmund auf Probleme mit Nazis in diesen Stadtteilen aufmerksam.

Das Alerta!-Bündnis hatte am Samstag für 11.30 Uhr zu einer Kundgebung mit anschließender Demonstration auf dem Platz von Amiens aufgerufen, an der insgesamt knapp 600 Menschen teilnahmen. Nach zähen Verhandlungen mit der Polizei, ob und wohin die Demonstration laufen darf, startete schließlich gegen 14.00 Uhr ein lauter Demozug über Wall, Ostentor und Heiliger Weg Richtung Saarlandstraßenviertel, wo die Demonstration mit einer Schlusskundgebung am Südbad endete.

Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Gegen Nazis und die Extremismusdoktrin!" Das Alerta!-Bündnis reagierte damit auf die ablehnende Haltung von Stadt und Polizei gegenüber antifaschistischem Protest in den letzten Wochen. Verschiedene Redebeiträge wendeten sich gegen das Verbot des Antifacamps durch die Stadt und gegen die um sich greifende Gleichsetzung von Nazis und Antifaschisten als verschiedene Spielarten des sogenannten 'Extremismus'.
Das Alerta!-Bündnis war für das Wochenende darauf vorbereitet, den Naziaufmarsch mit allen Mitteln zu verhindern. Aufgrund des Verbots durch die Polizei war dies nicht mehr erforderlich. „Aus Sicht der Antifa ist das Verbot zwar einerseits erfreulich, andererseits können polizeiliche Maßnahmen gegen Nazis nicht alles sein. Vielmehr ist eine inhaltlich-politische Auseinandersetzung mit den Nazis sowie dem Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft erforderlich", sagte Sonja Brünzels, Pressesprecher_in des Alerta!-Bündnisses. Das Verbot der Nazis sieht das Alerta!-Bündnis trotzdem ein Stück weit auch als eigenen Erfolg an: „Das Verbot des NW Dortmund und des sogenannten 'Nationalen Antikriegstags' sind auch das Ergebnis von sieben Jahren kontinuierlicher antifaschistischer Arbeit in Dortmund: Stadt und Polizei mussten auf den seit Jahren ausgeübten Druck von antifaschistischer Seite reagieren", so Sonja Brünzels weiter.

Neben der Kundgebung und Demo von Alerta! fanden heute weitere Veranstaltungen gegen Rechts in Dortmund statt. Bereits am Morgen hatten ca. 1.000 Antifaschist_innen in Hörde demonstriert, wo der Naziaufmarsch ursprünglich angekündigt war. Am Nachmittag gab es außerdem eine Demonstration des Antifacamps von der U-Bahn-Station Kampstraße zum Westentor.



"20 Jahre nach den Pogromen – Das Problem heißt Rassismus"

Pressemitteilung 26.08.2012

Das Bündnis "20 Jahre nach den Pogromen – Das Problem heißt Rassismus" wertet den antirassistischen Gedenk- und Aktionstag am 25.08.2012 als großen Erfolg. Nach intensiver Mobilisierung in Rostock und im gesamten Bundesgebiet wurde auf der Kundgebung am Rostocker Rathaus, der Bündnisdemonstration in Rostock-Lichtenhagen und dem abschließenden Konzert am Sonnenblumenhaus ein entschlossenes Zeichen gegen gesellschaftlichen Rassismus gesetzt. Tausende Demonstrant_innen waren aus dem gesamten Bundesgebiet angereist. Das politische Anliegen des Bündnisses konnte deutlich vermittelt werden. Dazu erklärt das Bündnis: "Das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen war kein Betriebsunfall der Nachwendezeit. Dumpfe Ressentiments und rassistische Sondergesetze bestimmen noch heute den Alltag von Asylsuchenden und Migrant_innen. Der Kampf gegen gesellschaftlichen und staatlichen Rassismus geht weiter!"

Auf der KUNDGEBUNG am Neuen Markt versammelten sich ab 11 Uhr ca. 2.500 Menschen. In einer eindrucksvollen Rede schilderte Abou Bacar Sy seine Erfahrungen im Mecklenburg-Vorpommerschen Erstaufnahmelager Horst und unter dem die systematisch Menschenwürde verletzenden deutschen Asylregime – mit Lagerunterbringung, Residenzpflicht, Gutscheinsystem, dauerhaft unsicherem Aufenthaltsstatus, ständigen Polizeikontrollen und rassistischen Bemerkungen im Alltag. Dazu erklärt das Bündnis: "Nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen wurde das Asylrecht faktisch abgeschafft. Seither werden Flüchtlinge systematisch diskriminiert. Der rechte Mob hat seinen Willen bekommen – bis heute. Das ist der Skandal dieses Jahrestags."

Im Rahmen einer antirassistischen Kundgebung am Rostocker Neuen Markt konnten Vertreter_innen der 'Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes' (VVN) ein Replikat jener GEDENKTAFEL am Rostocker Rathaus anbringen, die unmittelbar nach dem Pogrom 1992 von den aus Frankreich angereisten Gruppe 'Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten Frankreichs' um Beate Klarsfeld anzubringen versucht wurde. Die Stadt Rostock hatte die Tafel seinerzeit umgehend entfernt, 43 Aktivistinnen und Aktivisten wurden festgenommen. Die Stadt Rostock hat bis zuletzt gezögert, die Anbringung zuzulassen. Eine in letzter Minute vorgeschlagene Übergabe des Replikats an die Stadt wurde vom Bündnis abgelehnt. Angesichts der Entschlossenheit des Bündnisses hat die Stadt schlussendlich doch eine Befestigungsmöglichkeit neben dem Haupteingang des Rathauses vorbereitet.

Dazu erklärt das Bündnis: "Mit unserer entschlossenen Aktion haben wir 20 Jahre nach dem Pogrom das erste Gedenkzeichen in Rostock durchgesetzt. Noch immer wird Rassismus verdrängt oder in verharmlosende Gedenkrituale gepresst."

An der DEMONSTRATION am Nachmittag durch Rostock-Lichtenhagen beteiligten sich 6.500 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet. Auf der Auftaktkundgebung am S-Bahnhof Lütten Klein, zwei Zwischenkundgebungen und der Abschlusskundgebung am Sonnenblumenhaus sprachen mehr als 20 antirassistische und antifaschistische Initiativen sowie ein Vertreter der ver.di Jugend. Der kilometerlange, entschlossene Demonstrationszug setzte damit ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und Neofaschismus im Alltag.

Dazu erklärt Bündnissprecher Jochen Thelo: "Rassismus ist kein Randphänomen, er wächst in der Mitte der Gesellschaft. Klar ist aber auch: Wo immer rassistische Gewalt aufbricht, müssen und werden wir entschlossen einschreiten."

Nach der Abschlusskundgebung am Sonnenblumenhaus ging die Demonstration vor Ort in eine KUNDGEBUNG samt KONZERT über. Die Theatergruppe 'Bühne für Menschenrechte' präsentierte das Stück 'Asylmonologe', das auf Erfahrungsberichten von Flüchtlingen im deutschen Asylregime beruht. Das Berlin Boom Orchestra, Kobito, Frittenbude und die Rostocker Band FeineSahneFischfilet brachten Tausende zum tanzen.

Zum für heute geplanten Gedenkakt der Stadt mit Bundespräsident Joachim Gauck erklärt Bündnissprecher Thelo: "Stadt und Staat behaupten, sie hätten aus den Pogromen "gelernt". Gleichzeitig läuft die Abschiebemaschinerie reibungslos, und Ressentiments sind alltäglich, heute insbesondere der antimuslimische Rassismus. Dass im Andenken an das deutsche Pogrom von Lichtenhagen ausgerechnet eine deutsch Eiche gepflanzt werden soll, offenbart die politische Ignoranz der Volksvertreter."

Direct-Action-Ticker & Dokumentationen

11.07.12
Farbbeutel auf IBA-Dock

Farbbeutel auf IBA-Dock

Heute wird die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt und IBA-Aufsichtsratsvorsitzende Jutta Blankau mit einer Barkasse durch Wilhelmsburg fahren, um die Strecke von den Landungsbrücken bis zur entstehenden Internationalen Gartenschau (IGS) und der Internationalen Bauausstellung (IBA) einzuweihen.
Dies haben wir zum Anlass genommen, in den frühen Morgenstunden das IBA-Dock auf der Veddel mit Farbe zu verschönern, um darauf aufmerksam zu machen, dass die IBA und die IGS für die allermeisten hier in Wilhelmsburg und Veddel lebenden Menschen alles andere als ein Grund zum feiern ist.
Wir wollen mit dieser „Kunstaktion" unseren Widerstand gegen die IBA/IGS und die Stadtentwicklungspolitik des Hamburger Senats zum Ausdruck bringen. Insbesondere die Internationale Bauausstellung (IBA) ist ein stadtentwicklungspolitisches Instrument um die Stadtteile Wilhelmsburg und Veddel aufzuwerten. Dagegen die Lebensverhältnisse „aufzuwerten" ist erstmal nichts einzuwenden. Unter den Bedingungen des kapitalistischen Wohnungsmarktes allerdings führt dies auch immer zu einer Steigerung der Mieten und so zur Verdrängung einkommensschwächerer Bevölkerungsschichten(Gentrifizierung). Dass dies kein ärgerlicher Nebenaspekt der Aufwertung, der lediglich in kaufgenommen wird, sondern ein gewollter Prozess ist, zeigt nicht zuletzt das IBA-Logo mit dem stadtentwicklungspolitischen Leitspruch „Sprung über die Elbe". Wer soll da eigentlich springen? Und
wohin? Es geht bei diesem Aufwertungsprozess eben nicht um die jetzt hier lebenden Bewohner_innen der Elbinsel und die Verbesserung deren Lebensverhältnisse, sondern die Insel soll aktraktiv gemacht werden für erst noch kommende zahlungskräftige Mieter_innen, Gewerbetreibende und Investor_innen. Diese Umstrukturierung wird von stadtpolitischer Seite aus gern auch damit begründet, einen sogenannten „sozialen Mix" (wieder-)herzustellen. Gemeint ist hiermit eine einseitige „Durchmischung" bzw. „Hinzumischung" einer weißen deutschen Mittelschicht zu einer als negativ angesehen und als problematisch definierten Bevölkerung aus überwiegend Transferleistungsempfänger_innen und Menschen mit Migrationshintergrund. Wird in diesem Zuge aber kein neuer Wohnraum geschaffen, bedeutet dies
zwangsweise eine Verdrängung der hier lebenden Menschen. Am deutlichsten ist dies im nördlichen Reiherstiegsviertel mit seinem begehrten Altbaubestand zu beobachten. Durch Mieterhöhungen und Sanierungen wird die Bevölkerungsstruktur hier (systematisch) ausgetauscht. Dass es bei der an sich schon menschenverachtenden Argumentation des „sozialen Mixes" nicht um den Mix an sich geht, sondern um die einseitige Verdrängung von einkommensschwächeren Bevölkerungsteilen, zeigt sich unter anderem auch darin, dass zum Beispiel keine Sozialwohnungen in Blankenese oder vergleichbaren Stadtteilen gebaut werden.
Bei der forcierten Gentrifizierung spielt zudem der Imagewandel der „Problemstadtteile" Wilhelmsburg und Veddel eine wesentliche Rolle. Der Stadtteil soll als hipp und angesagt gelten, als alternativ und gar als „neue Schanze". Erreicht werden soll dies neben der PR-Maschine der IBA durch den Zuzug von Studierenden und Künstler_innen, die durch spezielle Mietförderungsprogramme der SAGA GWG und Projekte wie das vor kurzem gescheiterte KreativZentrum Veringhöfe angelockt und im Stadteil angesiedelt werden sollen. Als Partnerin der IBA hat die SAGA GWG mit einem Wohnungsbestand von über 8000 Wohnungen in Wilhelmsburg und auf der Veddel dabei auch ein direktes wirtschaftliches Interesse an deren Wertsteigerung. Insbesondere, da die SAGA vertraglich zugesagt hat, von 2007 bis einschließlich 2012 jährlich 100 Mio. Euro an den Senat abzuführen. Der Schriftzug „Sozialer Wohnungsbau heißt, ohne Gewinnabsichten bauen"an der Häuserfassade der Wohnungen in der Weimarerstraße ließt sich da wie blanker Hohn.
Durch Pseudo-Beteiligungsformen wie dem sogenannten „IBA-Bürgerdialog", wo vorgefertigte Projekte vorgestellt und höchstens mitentschieden werden kann, wie die neue Straßenbeleuchtung auszusehen hat, soll eine Beteiligung und Akzeptanz der Bevölkerung nach Außen suggeriert werden, um die Umstrukturierungsmaßnahmen zu legitimieren.
Um grundlegende Fragen des Wohnens und der Stadtteilentwicklung oder sogar des Projektes IBA an sich, ging es hier aber nie.
Diese Aktionsform ist eine von vielen Möglichkeiten um diese Genrifizierungsprozesse zu kritisieren und zu bekämpfen, wählt auch ihr eine!
In diesem Sinne: „IBA versenken, Wohnraum verschenken!"
Gegen Gentrifizierung und die Hamburger Wohnungspolitik! Gegen Staat und Kapitalismus! Für die befreite Gesellschaft!"

Quelle: directactionde



30.07.12
11 Scheiben eingeschlagen, Farbbeutel und brennende Reifen beim Amtsgericht

Folgende Doku haben wir erhalten:

„Ob Atomkraft, Militarismus oder kapitalistische Stadtumstrukturierung.
Damals, gestern, heute: Für die soziale Revolution! Solidarität mit Sonja Suder und Christian Gauger!"



22.08.12
Aktion gegen Telekom

Aktion gegen Telekom

Wie man die letzten Tage sehen und lesen konnte, wurde ein Telekom Büro mit Steinen und Farbe angegriffen. Die Telekom ist ein Profiteur der Krisenpolitik. Die Aktion kann in Solidarität mit den kämpfenden Menschen in Griechenland und als Konfrontation der Verhältnisse hier gesehen werden.
Für ein solidarisches kämpferisches Schanzenfest!

Quelle: linksunten

29.08.12
Eiche in Lichtenhagen gefällt

Eiche in Lichtenhagen gefällt

Wir haben in der Nacht vom 28. auf den 29. August, gegen gegen halb 2, in etwa einem Meter Höhe, die Eiche neben dem Sonnenblumenhaus abgesägt. Denn dieses Symbol für Deutschtümelei und Militarismus ist für die Menschen, die 1992 dem Mob in Rostock-Lichtenhagen ausgesetzt waren, ein Schlag ins Gesicht.
Auch dass dieser Baum in der Zeit des Nationalsozialismus als sogenannte Hitlereiche gepflanzt wurde, macht ihn unvertretbar. Dass ausgerechnet Joachim Gauck, der Sarrazin einen mutigen Man nennt und der Meinung ist, dass das Wort Überfremdung legitim sei, auf einer der Veranstaltungen reden durfte, zeigt für uns wie fehlerhaft und falsch der momentane Ansatz einer offiziellen Aufarbeitung in Rostock ist.
Dass zwei Mitgliedern des deutsch-afrikanischen Freundeskreises Daraja e.V. trotz offizieller Einladung und ohne Begründung der Einlass zu dieser Gedenkveranstaltung verwehrt wurde, setzt dem Ganzen nur noch die Krone auf.
Rostock-Lichtenhagen, 20 Jahre nach Pogrom
Arbeitsgruppe antifaschistischer Fuchsschwanz

Quelle: linksunten

29.08.12
Antimilitaristische Aktion in Kiel

Antimilitaristische Aktion in Kiel
WAR STARTS HERE - KRIEG BEGINNT HIER!

Wir haben in der Nacht vom 28. auf den 29.08.2012 die Firma IMTECH MARINE Germany GmbH&Co Kg in der Fraunhofstr. 16 mit der Parole „WAR STARTS HERE" versehen. Vor der Eingangstür vekippten wir außerdem einige Liter rote Lackfarbe. Im Holzkoppelweg 33 haben wir den Fuhrparkbestand der IMTECH Deutschland GmbH durch Feuer verringert.

Warum IMTECH? Nach außen gibt sich IMTECH Deutschland ein sauberes Image. Zu IMTECH-Deutschland mit dem Hauptsitz in Hamburg, gehört auch die IMTECH Marine Germany GmbH&Co Kg mit Standorten in Kiel, Bremerhafen, Hamburg und Shanghai. Die Imtech Marine ist Teil der deutschen Rüstungsindustrie. Sie rüstet u.a. deutsche, polnische, britische, holländische, indonesische und singapurische Kriegsschiffe aus. Die Angebotspalette reicht von Technik für U-Boote über Schiffskühltechnik für Fregatten, hier z.B. die F124, die zur modernsten der Bundesmarine gehört, bis zu Modulen zur Kühlung von Waffensystemen. 2011 betrug der Jahresumsatz der IMTECH 500 Mio. Euro. Wie viel IMTECH Deutschland im Rüstungssektor verdient, wird gekonnt verschleiert. Klar ist aber, dass die Gewinne aus dem Rüstungsbusiness in die Gesamtbilanz der IMTECH Deutschland mit einfließen. IMTECH Deutschland ist außerdem förderndes Mitglied in der deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik, einem Zusammenschluss deutscher Rüstungsunternehmen.
Wir haben uns für die Aktion die Nähe zum 1. September, dem internationalen Antikriegstag ausgesucht, der einerseits an den Angriff des NS-faschistischen Deutschlands auf Polen erinnert und andererseits klar Stellung gegen Krieg und Militarismus bezieht.
Wir hätten uns auch jeden anderen Tag aussuchen können.
„Humanitäre Friedenseinsätze", „friedensstiftende Maßnahmen" und sämtliche anders deklarierte Einsätze der Militärapparate der „global Player" sind nichts anderes als Krieg.
Krieg wird von dem sich als „moralisch überlegenen" und „zivilisiert" verstehenden Staaten als ausweglose Möglichkeit von Konfliktbewältigung verkauft. Der permanente Ausnahmezustand ist Normalzustand. Doch die bestehenden Konflikte entstanden nicht einfach so. Sie sind Produkt jahrhundertelanger imperialistischer Unterdrückung, Ausbeutung und Versklavung. Sie sind die Konsequenz aus der durch Raubbau zur Unfruchtbarkeit verendeten Erde. Sie sind Produkt der durch Versklavung und dem massenhaften Hinschlachten zerstörten Sozialstrukturen. Vor noch nicht allzulanger Zeit im Namen der Kaiser, Könige und der Kirche, dann im Namen der überlegenen Nation und „Rasse", heute im Namen der Demokratie und des Kapitalismus. Der Kolonialismus des 19. und 20. Jahrhunderts geht auch gegenwärtig unter veränderten Vorzeichen ungebrochen weiter: Durch die von Konzernen bezahlten Paramilitärs, die nach wie vor Landenteignung durchführen, durch den Knebel von patentiertem Getreide und durch Monokulturen die das Land ausdörren, um uns Kaffee, Fleisch und billige Möbel zu sichern, durch die Vergiftung von Gewässern durch Ölpiplines oder ganz unverhohlen durch den Einmarsch „unserer Truppen" in den sogenannten Failed States am Hindukusch, auf dem Balkan oder vor Somalia. Den Austragungsorten des permanenten Kampfes um Machtsphären der „Global Player" und der Versuch, unsere auf Krieg beruhende Sicherheit ein weiteres Jahrzehnt zu erhalten. Lieber sollen die Menschen zu Millionen verrecken, als dass zugelassen wird, dass sie sich aus ihrem Elend erheben könnten und anfangen, ein Stück von dem Wohlstand zurückzufordern, welcher auf ihren Blut gezüchtet wurde. Der Kolonialismus geht nicht nur ungebrochen weiter, wir profitieren von ihm. Seit Jahrhunderten.
Der Krieg, der in der Welt geführt wird, ist der Krieg gegen die Armen und sichert unseren Wohlstand. Er ist eine fancy Krisenbewältigungsstrategie für die reichen und mächtigen Staaten dieser Welt. Ganz bewusst wird munter Öl ins Feuer der globalen Krisenherde gegossen. Dies garantiert Profite durch präventive oder auch direkte Aufstandsbekämpfung dort und durch Militär und Rüstung als verlässliche Arbeitgeber und Standortfaktoren hier.
Die zivil-militärische Infrastruktur in Form von militärischer Forschung an Unis und in Rüstungsbetrieben, aber auch der Versuch der stärkeren Re-Etablierung des Militärs in der Gesellschaft, z.B. durch Propagandaauftritte auf Volksfesten, durch das „Werben für's Sterben" im Jobcenter oder durch Anzeigen in der BRAVO sind die Vorbereitung und Absicherung, somit elementarer Bestandteil, der Kriegsmaschine.
Die Militarisierung marschiert voran ins gesellschaftliche Leben und lässt Krieg mehr und mehr zu einem normalen Job werden: Staatlich legitimiert, ohne moralische Zweifel im persönlichen Arbeitsmarktschlachtfeld, zur Sicherung der Karriere, der Wohnung und um was zum Fressen auf dem Tisch zu haben. Krieg ist nur der offensichtliche Teil eines Prinzips, welches wir täglich erleben. Wenn wir uns in absolutem Gehorsam üben müssen, weil die Firma uns ansonsten kündigt, wenn die Ellbogen ausgefahren werden, wenn sich dadurch ein Vorteil gegenüber anderen, die in der selben Scheiße für den selben mikkrigen Lohn buckeln müssen, erhofft wird. Wenn du deineR SachbearbeiterIn beim Arbeitsamt ausgeliefert bist und dir die Kohle verwehrt wird, weil der Arbeitslose ein unnützer Schmarotzer ist. Wenn an der Uni, in der Schule gemoppt wird, was das Zeug hält,

ist es das Prinzip von Konkurrenz, das Prinzip den eigenen Vorteil brutal gegen andere durchzusetzen, das Prinzip von Befehl oder Gehorsam, das Prinzip vom Fressen und Gefressen werden. Das grundlegende Prinzip kapitalistischer Gesellschaften: Das Rechts des Stärkeren, welches im Krieg kulminiert und uns glauben macht, dass es keine andere Form gesellschaftlicher Organisierung geben könne, als ums eigene Überleben zu kämpfen und dass es ein Naturgesetz sei. Doch irgendwer ist immer stärker, hat die besseren Waffen, ist skrupelloser. Und so führt dieses Prinzip zu keinen Ausweg aus dem Hauen und Stechen, sondern nur mündet zwangsläufig immer wieder in Elend und Tod. Zu allererst für diejenigen, die im Kampf aller gegen alle am wenigsten bestehen können. Allein das Erkennen dieses Prinzips und die Entscheidung, sich ihm zu widersetzten, lässt auf eine andere Zukunft hoffen. Krieg findet direkt vor unserer Haustür statt. Das Morden und Totschießen auf der Welt spült massenhaft Kohle in die Kassen der reichen westlichen Staaten, insbesondere des „Exportweltmeisters" BRD. Denn Rüstungsexporte florieren gerade in Zeiten der Krise. Krieg lohnt sich also. Welcher Rüstungskonzern hat Interesse an einer Welt ohne Kriege? Welcher Staat versucht nicht, seine Macht zu sichern und auszubauen, wenn es darum geht, sich in einer sich verschärfenden Weltmarktkonkurrenz als Standort zu behaupten? Welche Gesellschaft toleriert nicht das Töten, wenn es angeblich der eigenen Sicherheit dient? Welcher Mensch macht nicht mit im alltäglichen Konkurrenzkampf, um die eigene soziale Position und den Lohn abzusichern, wenn beide immer prekärer werden? Das Elend und Leid der Anderen, von Millionen, bedeutet gute Geschäfte hier. Das widert uns an! Analysieren wir die Ursachen von Krieg, Elend und Unterdrückung. Ein Frieden mit an die Zähne bewaffneten Staaten, deren Armeen und Rüstungskonzerne kann es nicht geben. Wir wollen mit dieser Aktion die Verflechtung von Krieg, Rüstungsproduktion und deren Profiteuren sichtbar machen.

Ihnen klebt nicht nur rote Lackfarbe am Gebäude, auch ihre Hände sind blutrot.

Für mehr Sand im Getriebe der Mordmaschine!

Für eine Welt ohne endlosen Konkurrenzkampf, Ausbeutung, Unterdrückung und Kriege!

Kriegstreiberei und Militärisierung markieren, blockieren, sabotieren!

Autonome Gruppe „Give peace a chance!"

Quelle: linksunten

30.08.12
Kiel: Militärklotz verschönert

Kiel: Militärklotz verschönert

Letzte Woche haben wir das Denkmal für deutsche Marinesoldaten im Kieler Schickimicki-Regierungsstadtteil Düsternbrook mit pinker Farbe verschönert. Das Denkmal ist gestorbenen deutschen Marinesoldaten des 1. und 2. Weltkrieges gewidmet und steht nahe des Kieler Hindenburgufers, dessen Name auf einen extrem rechten, militaristischen ehemaligen General und Reichspräsidenten und Miterfinder der Dolchstoßlegende hinweist. Allgemein ist Düsternbrook geprägt von Straßennamen, die preußischen und reichsdeutschen Generälen und Militaristen gewidmet sind: Moltke, Wrangel, etc. Desweiteren gibt es dort zahlreiche militärische Einrichtungen und auch die deutschnationalen Burschis hausen überwiegend dort. Ein Denkmal steht immer auch sinnbildlich für politische Kräftekonstellationen in der es errichtenden Gesellschaft. Es meißelt einen hegemonialen Diskurs in Stein. Haben Dinge erst einmal Eingang in die Geschichtsbücher gefunden, werden sie als Kapitel politischer Auseinandersetzung oft als erledigt betrachtet. Ihre Wirkmächtigkeit, die sie für die heutige Gesellschaft haben wird verkannt. Wir leben in einer Gesellschaft, in der deutsche Opfer- und Heldenmythen immer salonfähig waren, in unterschiedlichen Zeiten in unterschiedlichen Ausprägungen, unterschiedlich subtil formuliert. Beginnend mit der Hindenburgschen Dolchstoßlegende, als ideologisches Mittel gegen die ArbeiterInnenklasse nach dem 1. Weltkrieg, über Gedenken an NS-Kriegsverbrecher nach dem 2. Weltkrieg, hin zu einem geplanten Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin, womit deutsches Rumgeopfer ähnlich prominent platziert werden soll, wie das Gedenken an die Opfer der Shoah. Auch aktuelle Diskurse um "militärische Ehren" sind nicht ohne ihre jahrhundertelange Tradition zu denken. Die Heldenverehrung und das Rumgeopfere sind allerdings nicht alleinige Ekelhaftigkeit einiger Düsternbrooker Schickimickis, die es in dieser Gesellschaft zu Geld gebracht haben, ähnlich ekelhafte Monumente finden sich auf nahezu jedem Dorfplatz, in vielen Kirchen, vor Vereinsheimen, mit dem "Volkstrauertag" auch im Kalender. Diese militaristische Tradition durchzieht die ganze deutsche Gesellschaft, sie macht erst möglich, dass von Deutschland aus Tod und Verderben in die ganze Welt exportiert werden, dass eine immer weitere Militarisierung der Innenpolitik fortschreitet. Eine Trennung in IHRE Weltordnung und uns, als gerechte Kämpfer dagegen, mag identitär bequem sein, die Strukturen einer durch und durch ekelhaften Gesellschaft erkennt sie leider nur sehr, sehr unzureichend. Dennoch: Fallt Deutschland in den Rücken, wo ihr könnt! Angriffspunkte können ganz konkrete HerstellerInnen von Waffen sein, aber auch der ideologische Background, der Waffenproduktion in Deutschland erst ermöglicht.

Krieg beginnt hier - nicht erst seit heute. Den militaristischen und nationalistischen Konsens dieser Gesellschaft brechen!

PS: Über die Anschläge auf IMTECH in Kiel vor ein paar Tagen haben wir uns sehr gefreut. Für einen heißen Herbst!

30.08.12
In Wilhelmsburg und St. Paul insgesamt zehn Autos angezündet.

In Wilhelmsburg und St. Paul insgesamt zehn Autos angezündet.

Wie die Polizei mitteilte, wurden in Wilhelmsburg sechs und in St. Pauli vier Fahrzeuge in Brand gesteckt. Die Fahrzeuge die in St. Pauli brannten, gehörten der Gesundheitsbehörde Hamburg.
Hinter den brennenden Autos in Wilhelmsburg vermutet die Polizei anderen Täter, Die hier betroffenen Fahrzeuge stammen von einem finnischen Unternehmen, das unter anderem Kraftwerke und Schiffsmotoren für Marineschiffe herstellt.

Quelle: Presse



01.09.12
Farbe auf Häuser von Politikern und brennendes Bundeswehr Auto

Farbe auf Häuser von Politikern und brennendes Bundeswehr Auto

Auf die Häuser von dem Chef der Senatskanzlei, Christoph Krupp (SPD) und dem Bundestagsmitglied der FDBP, Burkhardt Müller-Sönksen, wurde Farbe geworfen. In derselben Nacht ist ein Bundeswehr Auto auf einem Bundeswehrgelände in Wandsbek ausgebrannt.

Quelle: Presse



Florawand im September

Flora Termine - September

Samstag, 01. September 2012
Party
Techno Party From The Deep
Techno, Industrial und Doomcore
Einlass: 22:00 Uhr

Sonntag, 02. September 2012
Konzert:
Epic Problem Präsentiert:
Everyone Everywhere + Chalk Talk
Einlass: 18:00 h

Dienstag, 04. September 2012
Konzert:
Epic Problem Präsentiert:
Sundowning (HC aus dem Pott)
Dead Flesh Fashion (HC aus Lüdenscheid)
Einlass: 21:00h

Donnerstag, 06.September
Lesung:
Buchvorstellung „Kaltland“
anlässlich des 20. Jahrestages der Pogrome Rostock-Lichtenhagen.
Einlass: 18:30h

Samstag, 08. September 2012
Party:
Schanzenfest Soli Party
Einlass: 23h

Freitag, 14. September 2012
Crush Hour Concerts & Grime and Punishment Concerts laden ein:
Bad Wires Festival
Das Line Up in alphabetischer Reihenfolge:
Abraxas Apparatus (Oldenburg)
Burnout Party (Bremen)
Helgi Mortal Kombat (Leipzig/Island)
Hiroshima Bird Market (Berlin/Leipzig)
Kulsort (Hamburg/Dänemark)
Tóth Kina Hegyfalu (Budapest)
Tyran Tyran (Berlin)
Einlass: 8pm || First Band 9pm|| Last Band 3 am

Montag, 17. September 2012
Konzert:
HC Punk Konzert von Our Turn:
Abolition
Think Twice
Einlass 19h

Dienstag, 18. September 2012
Tim Tim Konzert:
Grime & Punishment lädt ein:
Industroika (Kraut No Wave aus Brüssel)
Alexander S. Belau (Ambient aus Moskau)
Einlass: 21:00h

Freitag, 21. September 2012
Gagarin Konzert:
Primordal Undermind (Psych-Avantegarde-Rock/USA)
Fully Blown (Noise Rock/GB-BRD)
Einlass: 21:00h

Samstag, 22. September 2012
Party:
Hugs&Kisses Release Soliparty

Sonntag, 23. September 2012
Film:
Der EA HH zeigt „BLACK BLOCK“
Einlass: 16:00h

Donnerstag, 27. September 2012
Our Turn Konzert HC/Punk:
Soul Search
Stick Together
Einlass: 19:00h

Freitag, 28. September 2012
Party:
Bass, Dubsteb, Jungle, Techno Party:
WOB WOB macht FSK Soli
Einlass: 23:00h



Regelmässige Termine in der Flora

Montag:
Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007) -
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefallt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr
Jeden 15. im Monat Autonome VV 19.30 Uhr